



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

MITTEILUNGEN

Präsidentiansprache



Daniel Knecht, Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, durfte an der 36. ordentlichen Generalversammlung der AIHK in Wettingen rund 500 Personen aus Unternehmen, Politik, Verwaltung und anderen Verbänden sowie eine Gruppe von Mittelschülerinnen und Mittelschülern begrüßen. Seine Präsidentiansprache nutzte Daniel Knecht für die unten stehende politische Standortbestimmung. Die Unternehmen stellen sich den aktuellen Herausforderungen mit Zuversicht und Elan.

GV AIHK 9. JUNI 2011

Ich habe mich letztes Jahr mit dem Thema Vertrauen und dessen Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg auseinandergesetzt. In verschiedenen Bereichen waren seither Vertrauenskrisen mit zum Teil dramatischen Auswirkungen zu beklagen. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Dass aber auch zu viel Vertrauen zum Problem werden kann, zeigt die aktuelle Währungssituation. Auch das von uns verwendete Geld ist am Schluss eine Ware, in deren Qualität man das Vertrauen gewinnen oder verlieren kann. Jeden Tag stimmt der mündige Bürger über sein Geld ab. Der durch das grosse Vertrauen erstarkte Schweizer Franken bremst weite Teile unserer Wirtschaft.

Generelle Wirtschaftslage und Ausichten im Aargau

Die internationale **«Grosswetterlage»** präsentiert sich nach wie vor äusserst unsicher. Sie wissen es: Wenn der Teufel kommt, so nimmt er seine Brüder mit. Wir sind im Moment herausgefordert durch eine Kumulation eigentlicher Jahrhundert-Probleme.

Zum ersten die Finanzkrise, die die groteske Überschuldung der meisten Industrieländer aufgedeckt hat. Sie wird verschärft durch die Verlagerung der Wirtschaftsschwergewichte nach Asien und den dadurch verursachten Strukturwandel. Frei nach der

griechischen Mythologie müsste man sagen: Es gibt nicht nur einen Augiasstall! Also bräuchte es auch mehrere Herkulesse, die diese ausmisten könnten. Die Rettungsaktionen überschlagen sich und das Gesetz des Handelns verlagert sich von der Wirtschaft zur Politik. Um sich zu positionieren sind momentan weniger die wirtschaftlichen Fakten zu berücksichtigen. Nein: Es gilt, die nächsten Änderungen der Spielregeln zu Gunsten der «Foul-Spieler» voraus zu sehen. Sichtbarste Auswirkung dafür sind die tektonischen Verwerfungen bei den Währungen. Dem Schuldenerdbeben folgt nun der Währungs-Tsunami, der noch immer anhält. Die dadurch verursachte Explosion des Frankenkurses wird unsere exportierende Wirtschaft einem extremen Innovationsstresstest unterziehen. Die sich bietende Chance für unsere Volkswirtschaft, nämlich die Verbilligung der Importe, kommt bei Bevölkerung und KMU nur völlig ungenügend an. Ein Teil der Importeure behält die Währungsgewinne ein oder verhandelt mit ihren ausländischen Lieferanten zu wenig hart. Die Auswirkung dieser kurzfristigen Strategie wird sein, dass viele Beschaffungsvorgänge nun direkt ins Ausland verlagert werden. Sind sie erst mal dort, so werden sie dort bleiben.

Zweitens haben wir grosse Herausforderungen im Umweltbereich zu bestehen. Die Auswirkungen der

Klima-Veränderung, die Unfälle bei der Energiegewinnung und jüngst der GAU in Japan werden weltweit Auswirkungen auf die Energiepolitik und damit auf eine Hauptsäule unseres Wohlstandes haben.

Die Welt ist, drittens, auch nicht sicherer geworden. Die politischen Umstürze in Nordafrika und im arabischen Raum bringen für die Wirtschaft im Moment vor allem Instabilitäten. Diese Revolutionen, die auch noch weiter ausstrahlen werden, sind meiner Ansicht nach auch nicht in erster Linie politisch motiviert, sondern eigentliche Hungerrevolten. Ausgelöst wurden sie durch Elend und Aussichtslosigkeit. Ob sie für die Menschen auch mehr Freiheit bringen werden, ist im Moment noch unklar. Die wirtschaftlichen Probleme dieser Länder werden vorerst weiter verschärft.

Sie sehen: Die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft, welche für unsere stark exportorientierte Wirtschaft von grosser Bedeutung ist, bleibt sehr ungewiss. Wir müssen mit einer Verlangsamung des Wachstums rechnen.

Der Aargau ist nach wie vor einer der grössten Industriekantone der Schweiz. Der Anteil der Industrie ist um fast 10 Prozentpunkte höher als im schweizerischen Durchschnitt. Rund 100'000 Personen arbeiten dort. Die Währungssituation verstärkt den Strukturwandel. Davon sind wir stark betroffen. Unsere Unternehmen sind dadurch herausgefordert, aber auch der Staat. Der Regierungsrat macht sich deshalb zu Recht Gedanken zur aargauischen **Wirtschaftsstruktur** und will mit einer Hightech-Strategie die Innovationsfähigkeit unseres Standortes verbessern. Stichworte wie Cleantech oder Nanotechnologie beschäftigen Unternehmen und Öffentlichkeit. Hier gilt es, gemeinsam einen ordnungspolitisch vertretbaren Weg zur Förderung/Implementierung neuer Technologien in unseren KMU zu finden. Staat und Wirtschaft werden die sich bietenden Chancen im Zusammenspiel nutzen können. Die Basis des vielzitierten Höhenfluges des Kantons Waadt dürfte weniger die propagierte Hightech-Strategie gewesen sein, als vielmehr eine aggressive Steuersenkungsoffensive zu Gunsten der juristischen Personen und deren Exponenten.

Die aktuelle **Arbeitsmarktlage** im Kanton Aargau ist erfreulich. Wir stehen durchwegs besser da als der Schweizer Durchschnitt. Die Lehrstellensituation hat sich (aus Sicht der Schulabgänger) entspannt. Unsere Unternehmen planen für 2011 einen weiteren Stellenaufbau um fast 2 Prozent. Ob sich diese Planung realisieren lässt, wird sich zeigen. Viele Un-

ternehmen bekunden gemäss den vorliegenden Umfragen nämlich Mühe, genügend qualifizierte Mitarbeitende (wie auch Lernende) zu finden.

An unserer diesjährigen **Wirtschaftsumfrage** haben sich wiederum mehr als 500 Unternehmen beteiligt. Das ermöglicht repräsentative Aussagen. Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. Für fast alle Betriebe ist das Jahr 2010 besser ausgefallen als erwartet.

Für die nähere Zukunft wird gemäss den aktuellen Konjunkturprognosen – und unseren Rückmeldungen – mit einer Verlangsamung des Wachstums als Folge der ungünstigen aussenwirtschaftlichen Entwicklungen gerechnet.

Die Erwartungen der Aargauer Firmen für **2011** sind allgemein befriedigend bis gut. Es fällt auf, dass die Einschätzungen im Dienstleistungssektor positiver ausfallen als in der Industrie.

Im Vergleich zu 2010 erwarten die meisten Branchen 2011 ein besseres Geschäftsjahr. Ausserordentliche Ereignisse ausgenommen, müssen wir also dieses Jahr nicht mit einem Einbruch rechnen. Unsere Unternehmen gehen mit **Zuversicht und viel Elan** in die Zukunft.

Kantonale Politik – Aktualitäten

Der Kanton Aargau hat sich in den letzten Jahren bezüglich **Standortqualität** verbessert; sein «Triple-A»-Rating für die Kantonsfinanzen gehalten und sein Selbstwertgefühl gesteigert. Das freut uns sehr, weil alle diese Faktoren zu einer besseren Wahrnehmung unseres Kantons führen und die wirtschaftliche Attraktivität steigt. Das dient der ganzen Bevölkerung, nicht etwa nur den Unternehmen oder den Kantonsfinanzen. Damit sich der positive Trend fortsetzt, sind aber Anstrengungen notwendig. Ausruhen auf dem Erreichten genügt nicht, die Zahl der Herausforderungen für die kantonale Politik ist gross. Auf ein paar ausgewählte komme ich kurz zu sprechen.

Die Zahl unserer Einwohnerinnen und Einwohner wächst seit Jahren stark an, die Infrastrukturen werden dadurch immer stärker belastet oder gar überlastet. Das zeigt sich insbesondere im Strassenverkehr. Wenn es uns nicht gelingt, die erforderlichen Kapazitäten zu schaffen – nötigenfalls durch den Ausbau von Strassen – werden wir in Dauerstaussituationen geraten. Das wäre Gift für unsere Wirtschaft, gerade im Kanton Aargau, wo die gute Erreichbarkeit ein

wesentlicher Standortfaktor ist. Die Zustimmung zur Umfahrung Mellingen zeigt, dass im Aargau noch neue Strassen gebaut werden können. Das ist positiv. Gemäss Prognosen soll die Bevölkerungszunahme weitergehen. Bis in 25 Jahren wird ein Anstieg der Einwohnerzahl um fast ein Viertel erwartet. Was bedeutet das für unseren Kanton? Wir erachten es als richtig und wichtig, dass sich die Regierung mit dieser Thematik vertieft auseinandersetzt und erwarten gerne ihre Strategien zum Umgang damit. Die notwendigen Verkehrskorridore müssen jetzt gesichert werden! Der **Richtplan** soll deshalb auch mit Blick auf das Bevölkerungswachstum revidiert werden. Diesem Vorhaben stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Wir werden das Verfahren weiterhin aktiv begleiten und uns für wirtschaftsverträgliche Lösungen einsetzen.

Zurzeit laufen die Arbeiten für eine **Revision des aargauischen Steuergesetzes**. Damit soll in erster Linie der Mittelstand entlastet werden. Das ist im interkantonalen Vergleich angezeigt. Die munter sprudelnden Einnahmen von Kanton und Gemeinden lassen eine Entlastung der Steuerzahlenden auch ohne weiteres zu. Die Erfahrungen der letzten Revisionen belegen zudem, dass bei einer dynamischen Betrachtungsweise durch eine Senkung der Steuerbelastung der öffentlichen Hand keine Mittel entzogen werden. Nur der Zuwachs der Steuereinnahmen wird etwas gebremst. Wir halten uns an das bei der letzten Revision abgegebene Versprechen, nun den Mittelstand zu entlasten, und unterstützen deshalb die Vorlage des Regierungsrates. Nicht vergessen werden darf dabei aber der nächste Schritt, welcher die juristischen Personen entlastet. Wenn wir als Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben wollen, dürfen wir nicht stehen bleiben. Andernfalls überholen uns Nachbarkantone in der Standortqualität. Der Steuerwettbewerb diszipliniert. Er führt aber eben nicht nur zu tieferen Steuern. Was viel wichtiger ist, er führt auch zu qualitativ besseren staatlichen Dienstleistungen! Nicht nur der Steuerfuss steht im Wettbewerb, sondern auch das Produkt der staatlichen Dienstleistungen. Hier haben wir im Aargau eine hohe Qualität, und dafür möchte ich der Verwaltung meine Anerkennung aussprechen.

Die Wirtschaft ist auf Energie angewiesen. Was, wenn uns diese ausgeht? – Um eine Versorgungslücke zu verhindern, sind nicht nur die Förderung der erneuerbaren Energien, sondern auch die weitere Steigerung der Energieeffizienz und der Ersatz der wegfallenden Grosskraftwerke sowie ein Ausbau des Leitungsnet-

zes notwendig. Nach meiner Beurteilung werden Kernkraftwerke mindestens als Übergangslösung unverzichtbar bleiben. Wie die Kernkraftwerke dereinst ersetzt werden sollen, ist noch offen und kann heute nicht seriös bestimmt werden. Jede Technologie hat ihre Vor- und Nachteile, die es gegeneinander abzuwägen gilt. So sollen zum Beispiel neuerdings Biogasanlagen die Brutstätten der mutierten EHEC-Krankheitskeime sein! Leitplanken einer zukunftstauglichen Energieversorgung müssen neben der Sicherheit für Menschen und Umwelt die Versorgungssicherheit und für die Wirtschaft tragbare Preise sein.

Der Grosse Rat hat das heiss umstrittene kantonale **Energiegesetz** in erster Lesung beraten. Er hat dabei aus unserer Sicht deutliche Verbesserungen gegenüber dem Entwurf des Regierungsrates vorgenommen. Wir teilen die Auffassung des Regierungsrates, wir müssen die Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien fördern und damit unseren CO₂-Ausstoss reduzieren. Die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren auch schon vieles getan, wie ein Blick in die entsprechenden Bilanzen zeigt. Die für die Erreichung der anerkannten Ziele eingesetzten Mittel müssen aber verhältnismässig und ordnungspolitisch vertretbar sein. Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass der Kanton Aargau die Weltklimaprobleme nicht im Alleingang lösen kann. Aargauische Grenzwerte für den maximal zulässigen CO₂-Ausstoss pro Kopf lehnen wir deshalb ab. Wir wollen gleich lange Spiesse für Aargauer Unternehmen gegenüber jenen unserer Nachbarkantone.

Die Qualität des Unternehmensstandortes Aargau ist gut. Das allein genügt aber nicht, auch **Standortmarketing** ist notwendig. Wenn wir neue, für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsstruktur und für die Steigerung der Wertschöpfung interessante Unternehmen anziehen wollen, muss die hohe Standortqualität ausserhalb des Kantons Aargau wahrgenommen werden. Dafür sind Werbemassnahmen notwendig.

Wir erachten es als richtig, dass die Zusammenarbeit mit der Greater Zurich Area beendet worden ist. Kosten und Nutzen sind für den Aargau in einem Missverhältnis gestanden. Wir erwarten gespannt die Vorschläge des Regierungsrates für die künftige Aufstellung auf diesem Feld. Der Aargau allein kann nicht erfolgreich weltweit Standortpromotion und -marketing betreiben. Dafür brauchen wir Partner. Dies können zum Beispiel die OSEC oder eine nord-schweizerische Standortmarketingorganisation mit

Basel, Zürich und dem Aargau sein. Marketingaktivitäten in unseren Nachbarländern können dagegen erfolversprechend durch eine eigene Organisation geleistet werden. Ob diese Aufgabe einer verwaltungsinternen oder einer externen Stelle übertragen wird, ist für uns nicht entscheidend. Wir sind bereit, diese Aktivitäten im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Auch wir von der Handelskammer tun hier etwas. Zusammen mit Tele M1 entwickelten wir das Wirtschaftsmagazin «made im aargau». Erstmals in der Schweiz wird nächsten Dienstag das Wirtschaftsmagazin einer Handelskammer im Lokalfernsehen präsentiert werden.

Stichworte zur Bundespolitik

Am 23. Oktober 2011 finden die **National- und Ständeratswahlen** statt. Diese Wahlen sind für die Wirtschaft von grosser Bedeutung. Das Bundesparlament setzt mit seinen Entscheiden wichtige Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit. Wir stellen leider fest, dass im Gesetzgebungsverfahren sehr häufig alle wohlklingenden Absichtserklärungen, z.B. zur bürokratischen Entlastung, vergessen werden. Die in der laufenden Session behandelte Neuregelung des Rechnungslegungs- und Revisionsrechtes ist ein typisches Beispiel dafür. Nur dank grösstem Einsatz der AIHK, in Zusammenarbeit mit befreundeten Wirtschaftsorganisationen, ist es gelungen, weitere administrative Kosten (denen kein konkreter Nutzen gegenüber steht) zu verhindern. Der Nationalrat hat sich deutlich für die mittelständische Wirtschaft ausgesprochen. Es ist zu hoffen, dass der Ständerat dies in der Differenzbereinigung auch tun wird. Wir investieren deshalb einige Zeit für die Erarbeitung unserer Wahlempfehlung, die wir Ende August nach der Verabschiedung durch den Kammervorstand zu veröffentlichen gedenken. Wir wollen eine starke wirtschaftsfreundliche Vertretung des Kantons Aargau in Bern.

Etwa 40 Prozent der aargauischen Wertschöpfung stammen aus Exportaktivitäten. Für das Gedeihen der Wirtschaft ist es also von grosser Bedeutung, dass das Verhältnis zu unserem wichtigsten **Handelspartner EU** auch für die Zukunft vernünftig ausgestaltet werden kann. Der bilaterale Weg hat sich aus unserer Sicht bewährt, auch wenn er zunehmend steiniger wird. Unsere exportorientierten Unternehmen sind auf diese Abkommen angewiesen, um einen möglichst ungehinderten Marktzugang zu haben. Das Personenfreizügigkeitsabkommen hat das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre in der Schweiz erst er-

möglicht. Ohne den Zuzug von Arbeitskräften aus Europa hätte der Fachkräftemangel wohl bereits vor einiger Zeit dramatische Ausmasse angenommen und das wirtschaftliche Wachstum gebremst. Dass der starke Zuzug von Personen aus dem Ausland auch seine Kehrseiten hat, ist uns sehr wohl bewusst. Wir wehren uns deshalb nicht dagegen, dass gewisse Aspekte der Personenfreizügigkeit genauer angeschaut und überprüft werden. Eine gänzliche Abkehr davon oder eine massive Verschärfung der flankierenden Massnahmen lehnen wir aber ab. Wir nehmen die Ängste unserer Bevölkerung ernst und wollen die Wirtschaft mit dem Volk, und nicht gegen es, weiterbringen.

Auf alle weiteren Probleme, welche vom Parlament (endlich) gelöst werden sollten – denken Sie an das Gesundheitswesen, die Sozialversicherungen und so weiter – gehe ich nicht näher ein. Ich befürchte nämlich, dass bis nach den Wahlen in Bern nicht Lösungen gesucht werden, sondern vorwiegend Wahlkampf betrieben wird.

Fazit und Dank

Die aargauische Wirtschaft hat sich in der zurückliegenden Krise gut behauptet. Das ist auch dem Staat Aargau zugute gekommen, welcher dank sprudelnder Einnahmen und Verzicht auf unnötige Konjunkturpakete nach wie vor in finanziell guter Verfassung dasteht. Wir haben die Voraussetzungen, um auch künftig erfolgreich zu sein. Dazu sind aber grosse Anstrengungen notwendig. Nutzen wir gemeinsam die Chancen, die sich uns bieten. Die AIHK wird Ihren Beitrag dazu leisten. Das Gleiche erwarten wir auch von der Politik und den Sozialpartnern.

Zum Schluss möchte ich danken: Mein Dank geht insbesondere an meine beiden Vizepräsidenten, die Herren Otto Suhner und Veith Lehner, sowie die Vorstandsmitglieder. Sie stellen einen Teil ihrer knapp bemessenen Zeit für die Wahrung unserer gemeinsamen Interessen zur Verfügung. Den mehr als 1500 Mitgliedunternehmen der AIHK danke ich für ihre Treue, ihr Vertrauen und die uns gewährte Unterstützung. Wir dürfen darauf seit Jahren zählen und freuen uns, dass die Zahl unserer Mitglieder von Jahr zu Jahr steigt. Ich hoffe, das bleibt auch in Zukunft so. Wenn wir etwas verbessern können, melden Sie sich bitte bei unserer Geschäftsstelle. Den anwesenden Politikerinnen und Politikern bin ich dankbar, wenn unsere Anliegen ihr Gehör finden. Allen Mitarbeitenden unserer Geschäftsstelle danke ich für ihr Engagement für unsere Handelskammer.

Home Office – Vor- und Nachteile eines Arbeitsmodells

von Marco Caprez, lic.iur., Rechtsanwalt, juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau



Überfüllte Züge und verstopfte Strassen – diese und andere Faktoren können die Produktivität der Arbeitnehmer hemmen. Das Arbeitsmodell Home Office soll hier Abhilfe schaffen und dazu noch mehr Flexibilität bringen: Gemäss Schätzungen besteht für rund 450'000 Arbeitnehmer in der Schweiz das Potential für wöchentlich einen Tag Home Office. Welche Probleme mit Home Office die Arbeitgeber noch zögern lassen und welche Vorteile das Arbeitsmodell bieten kann, soll nachfolgend erläutert werden.

ARBEITSVERHÄLTNIS

Am 19. Mai 2011 fand der zweite nationale Home Office Day statt, der von grösseren Branchenverbänden und nationalen Unternehmen getragen wurde (Informationen darüber sind unter www.homeofficeday.ch erhältlich). Das Arbeitsmodell Home Office ist allerdings keineswegs nur für Grossunternehmen interessant, sondern kann problemlos auch bei KMU eingeführt werden – so auch bei Mitgliedern der AIHK.

Was heisst Home Office?

Ist der Arbeitnehmer häufig ausserhalb des Büros und arbeitet an verschiedenen Arbeitsplätzen, so nennt man dies Telearbeit.

Home Office ist eine Form der Telearbeit. Es handelt sich dabei um ein Arbeitsplatzmodell, bei welchem der Arbeitnehmer von zu Hause aus arbeiten kann.

Es ist aber nicht nur eine Frage des Arbeitsortes, sondern auch ein **Produktivitätsthema**. Befürworter argumentieren nämlich damit, dass die Produktivität von Arbeitnehmern im Home Office-Modell um bis zu 30 Prozent steigen würde.

Nicht zuletzt kann die Produktivitätssteigerung auch davon abhängen, wie viele Home Office Tage wöchentlich gearbeitet werden.

Gemäss Expertenmeinungen sollte nicht mehr als 60 Prozent der Arbeitszeit im Home Office-Modell gearbeitet werden, sonst bestehe die erhöhte Gefahr von Vereinsamung, welche sich dann negativ auf die Produktivität auswirkt. Zahlreiche Experten gehen ferner davon aus, dass Home Office unsere Wirtschaft in Zukunft noch viel stärker prägen wird und einen wichtigen Aspekt im internationalen Standortwettbewerb bedeuten kann. Im Moment scheint aber eine Anpassung auf Gesetzesstufe (z.B. Home Office

und Nachtarbeit) nicht angezeigt. Es braucht keine unnötigen Schranken seitens des Gesetzgebers für dieses Arbeitsmodell.

Welche Tätigkeiten eignen sich für Home Office?

Unbestritten dürfte sein, dass nicht jede Tätigkeit ausserhalb des Arbeitsplatzes erledigt werden kann. Insbesondere in industriellen Berufen wird es auch in Zukunft kaum möglich sein, die Arbeit von einem anderen Arbeitsplatz aus auszuführen.

Im Gegensatz dazu könnten viele so genannte Wissensarbeiter in informationsverarbeitenden Branchen ihre Arbeit – zumindest in technischer Hinsicht – an einem anderen Ort als ihrem Arbeitsplatz ausführen. Das Verfassen von Fachartikeln in Zeitschriften, die Programmierung von Computern oder die schriftliche Abhandlung eines Themas können auch von zu Hause aus erledigt werden.

Zudem ist es durchaus denkbar und auch üblich, unternehmensintern nur gewisse Berufsgruppen von zu Hause arbeiten zu lassen (z.B. IT-Abteilung). Die technischen Voraussetzungen dafür sind in der heutigen Zeit weitgehend vorhanden.

Vorteile von Home Office – grosse Steigerung der Produktivität

Im Zusammenhang mit Home Office wird oftmals von den Vorteilen für die Arbeitnehmer gesprochen. Dabei bleibt unerwähnt, dass keineswegs nur Arbeitnehmer, sondern auch Arbeitgeber letztlich davon profitieren können – zumindest nach Meinung der Befürworter.

Wird einem Arbeitnehmer nämlich mehr Freiheit und Selbständigkeit bei der Einteilung der Arbeitszeit

eingräumt, so wird nach Auffassung der Befürworter auch dessen Verantwortungsgefühl gesteigert, was sich auch auf die Produktivität des einzelnen auswirken dürfte. Je zufriedener ausserdem ein Arbeitnehmer ist, desto produktiver sei er, was natürlich auch im Interesse des Arbeitgebers liegt.

Mitarbeiter, die selbständig und zielorientiert arbeiten, seien grundsätzlich produktiver als Arbeitnehmer, deren Aktivitäten vorgeschrieben und gemessen werden. Ein Arbeitnehmer kann nämlich auch an seinem Arbeitsplatz anwesend sein und einen produktiven Eindruck erwecken, ohne effektiv etwas zu leisten.

Aus Unternehmenssicht sei zudem ein Anstieg der Motivation und dadurch mehr Produktivität der Mitarbeiter festzustellen, was sich auf deren Leistungsfähigkeit auswirkt.

Home Office: Vor- und Nachteile

Vorteile

- Höhere Flexibilität
- Produktivitätsgewinn
- Umweltschutz
- Weniger Krankheitstage
- Kosten sparen

Nachteile

- hoher Koordinationsaufwand
- Ablenkungsmöglichkeiten
- Führung der Arbeitnehmer wird komplexer
- Datensicherheit
- Umgang mit mangelnder Selbstdisziplin

Weitgehend unbestritten ist, dass Home Office den Umweltschutz fördert und der Verkehrsentlastung dient. Weniger Verkehr führt zu weniger CO₂-Ausstoss. Weniger Verkehr würde auch weniger Stau auf unseren Strassen bewirken, was vielen Arbeitnehmern entgegenkommt. Home Office wäre demzufolge mehr als eine Alternative für die inakzeptablen Bestrebungen gewisser Politiker, den Preis für das SBB-Generalabonnement um ein Vielfaches zu erhöhen.

Nicht zu unterschätzen dürften auch die Gesundheitsfolgen sein: Es ist nämlich keineswegs von der Hand zu weisen, dass bei weniger Stress, z.B. im Pendelverkehr, auch weniger Krankheitstage anfallen. Zudem dürfte bei einer Abnahme der Anzahl Pendler die Gefahr einer Vireninfektion (Grippe) ebenfalls sinken.

Schliesslich können durch einen Home Office Day und dem dadurch erleichterten Desk-Sharing nach Einschätzung von Befürwortern Bürofläche und pro Arbeitsplatz Kosten von bis zu 30 Prozent eingespart werden, wobei diese Zahlen insbesondere bei

kleineren Unternehmen wohl kaum so hoch ausfallen dürften.

Probleme bei Home Office Arbeit

Home Office ist aber keineswegs die Lösung für alle Probleme in einem Arbeitsverhältnis. Unbestritten ist, dass Home Office auch zu Problemen führen kann. So ist zunächst an den deutlich steigenden Koordinationsaufwand bei der Führung von Mitarbeitern zu denken. Spontane Besprechungen mit mehreren Arbeitnehmern fallen weg. Vorgesetzte müssen sich mehr Zeit für die Planung solcher nehmen. Nehmen die Meetings ab, so wird zwangsläufig auch weniger miteinander kommuniziert. Für die Befürworter nimmt so die Produktivität zwar zu, da ein Arbeitnehmer weniger abgelenkt wird und damit konzentrierter arbeiten kann. Es besteht aber die Gefahr, dass fehlende Kommunikation zu Missverständnissen bis hin zu Fehlentscheidungen führen kann. Es ist somit wichtig darauf zu achten, dass ein regelmässiger Informationsfluss sichergestellt wird.

Ein weiteres, bekanntes Problem, welches mit den technisch möglichen Hilfsmitteln grösstenteils gelöst wurde, ist die Gewährleistung der Datensicherheit. Ein Arbeitnehmer, der von zu Hause aus arbeitet, muss über technisch einwandfreie Hilfsmittel verfügen, damit keine wichtigen und ausschliesslich für den Arbeitgeber bestimmte Dateien an unbefugte Dritte gelangen. Wichtiger als der Faktor Technik ist aber der Faktor Mensch: Vertrauliche Dokumente können bei zu wenig Aufmerksamkeit bspw. im Zug vergessen gehen, Unbefugte können im Bus einen Blick auf die Geschäftsergebnisse werfen oder die neuesten Designs gehen auf dem Fahrrad verloren. Bei einem Büroarbeitsplatz stellt sich dieses Problem kaum.

Nicht zuletzt hängt der Erfolg von Home Office auch von den einzelnen Mitarbeitern ab: Die Freiheit der Arbeitnehmer in den eigenen vier Wänden zu arbeiten, erfordert eine grosse Portion an Disziplin, die nicht alle Mitarbeiter im gleichen Mass mitbringen. Weniger disziplinierte Arbeitnehmer werden mehr Mühe bekunden, ihre Leistungen zu erbringen. Die Verlockungen in den eigenen vier Wänden können gross sein. Darum sollte man immer klar im Auge behalten, dass Home Office Arbeits- und nicht Freizeit ist. Ein geregelter Tagesablauf – wie auch immer dieser aussehen mag – ist daher notwendig.

Frage der Unternehmenskultur

Schlussendlich ist alles eine Frage der Unternehmenskultur. Legen Vorgesetzte grossen Wert auf eine enge Führung, so ist Home Office kaum eine Alternative. Bevorzugen Vorgesetzte eine zielorien-

tierte Führung und haben Vertrauen in ihre Mitarbeiter, sollte man sich mit dem Thema Home Office genauer auseinandersetzen – denn mögliche Qualitätssteigerungen sind letztlich im Sinne von Arbeitnehmer und Arbeitgeber und damit für die Schweizer Wirtschaft insgesamt.

2011 – Neustart in der Sozialpolitik

AHK – Die Soziale Sicherheit beansprucht mehr als 36 Prozent der Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Verschiedene Sozialversicherungen kämpfen mit riesigen Schuldenbergen. Die Finanzierung muss sichergestellt werden, ohne die Arbeitskosten noch stärker zu belasten und so die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zu verschlechtern. Der Schweizerische Arbeitgeberverband befasst sich intensiv mit diesen Themen. Im Sinne eines Überblicks publizieren wir einen Auszug aus seinem Jahresbericht 2010, welcher soeben erschienen ist.

ARBEITGEBER-
POLITIK

2010 war geprägt von einer Reihe grundlegender, sozialpolitischer Entscheide. Einerseits lehnte der Souverän die Anpassung des BVG-Umwandlungssatzes in der Referendumsabstimmung vom 7. März 2010 ab, scheiterte die 11. AHV-Revision in der parlamentarischen Schlussabstimmung im Herbst und wurde die UVG-Revision – definitiv in der Frühjahrsession 2011 – zur Überarbeitung an den Bundesrat zurückgewiesen.

Andererseits konnten in wichtigen Bereichen Fortschritte erzielt werden: Die Stimmberechtigten billigten am 26. September 2010 die 4. AVIG-Revision, die BVG-Strukturreform wurde vom Parlament verabschiedet, und die IV bewegte sich – zumindest beim 1. Massnahmenpaket der 6. IV-Revision – auf Sanierungskurs.

Grosse Herausforderungen

2011 soll in einigen Versicherungsbereichen ein Neustart erfolgen und – nach Erstellung einer Auslegeordnung – gleichsam eine Art Roadmap für die weitere Entwicklung der Sozialpolitik festgelegt werden.

Gemäss Art.14 BVG muss der Bundesrat ab 2011 mindestens alle zehn Jahre einen Bericht über die Festlegung des Umwandlungssatzes in den nachfolgenden Jahren vorlegen. Der Bundesrat hat – nicht zuletzt unter dem Eindruck der anhaltenden Auseinandersetzung über wichtige Parameter der 2. Säule – den Fokus der Berichterstattung erweitert und will bis Ende Jahr einen Bericht zur Zukunft der 2. Säule erstellen. Darin sollen der Zustand und die Entwicklung der beruflichen Vorsorge sowie der Anpas-

sungs- und Korrekturbedarf analysiert werden, um daraus den nach Prioritäten geordneten Handlungsbedarf auf einer Zeitachse ableiten zu können.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung plant der Bundesrat eine grundlegende 12. AHV-Revision, welche die nachhaltige Finanzierung der AHV sicherstellen soll. Er will zur Vorbereitung dieser «Demografie-Revision» mit allen Stakeholdern den Zustand und die kommenden Herausforderungen der AHV analysieren sowie die verschiedenen Handlungsoptionen für die langfristige Ausrichtung der 1. Säule diskutieren. Dieses «offene» Vorgehen soll helfen, die aktuelle Reformblockade bei der AHV zu überwinden und den Weg für eine konstruktive politische Debatte zu öffnen.

Nach der Rückweisung der UVG-Revision an den Bundesrat hat dieser die Sozialpartner sowie die weiteren Akteure im Bereich der Unfallversicherung zur Mitwirkung bei der Erarbeitung einer «schlanken» Revisionsvorlage eingeladen. Dazu müssen die Beteiligten eine technische und politische Lagebeurteilung vornehmen sowie ein Problem-Inventar erstellen, um dann ihre Vorschläge zur neuen Vorlage formulieren zu können.

Dem Jahr der Wechselbäder folgt nun in der Sozialpolitik ein Jahr der Grundlagenarbeit und Auslegeordnungen, um mit breitem Konsens – so der Wille der Regierung – die für die Sozialversicherungen so wichtigen Reformen endlich anpacken zu können. Zu hoffen ist, dass diese nicht in endlosen Diskussionen stecken bleiben.

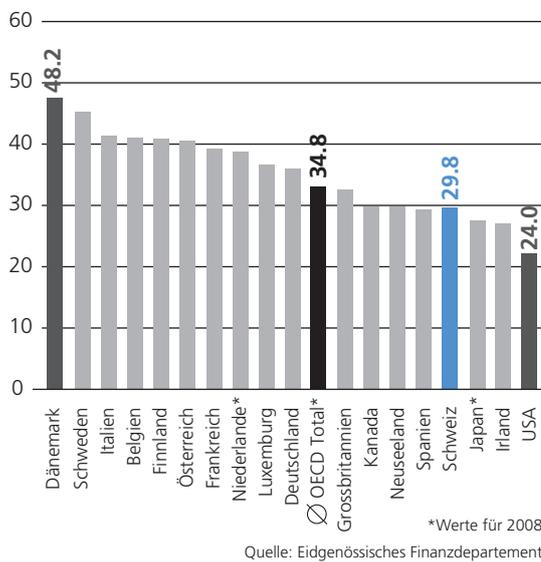
Fiskalquote der Schweiz: Der Schein trägt

AIHK – Die Fiskalquote, das Verhältnis der Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zum BIP, wird häufig zu Ländervergleichen genutzt. Die Schweiz liegt in den OECD-Vergleichen in der Spitzengruppe, was vom Bund jeweils stolz vermeldet wird. Dabei müssen aber zwei Aspekte zu denken geben: 1. im OECD-Vergleich wird die Schweizer Fiskalquote zu tief dargestellt und 2. in der Schweiz steigt die Fiskalquote stärker als in anderen Ländern.

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) publiziert periodisch, letztmals im Dezember 2010, die OECD-Statistik zur Fiskalquote der Schweiz im internationalen Vergleich:

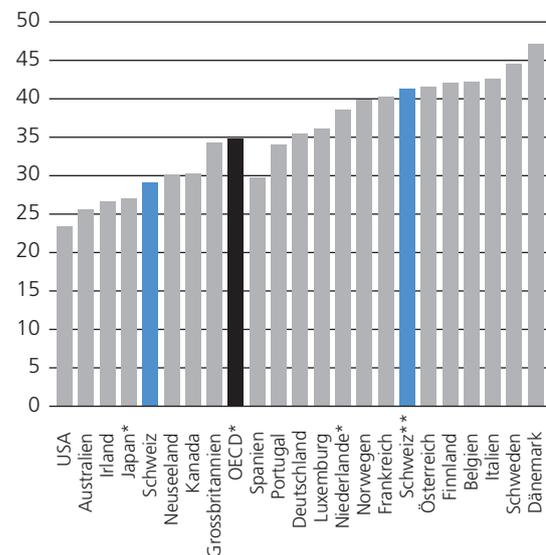
economiesuisse kommt gestützt auf eigene Berechnungen unter Einbezug aller Zwangsabgaben zu etwas weniger positiven Resultaten: Die Fiskalquote der Schweiz liegt über dem OECD-Durchschnitt:

Fiskalquote der Schweiz im internationalen Vergleich, 2009



Fiskalquoten gemäss economiesuisse-Berechnungen

Internationaler Vergleich der Fiskalquoten (2009)
Fiskalquote in Prozent des BIP



In seinem Kommentar stellt das EFD fest, nur Japan, Irland und die USA wiesen eine tiefere Steuerbelastung als die Schweiz auf.

Quellen: OECD Revenue Statistics 1965–2009, Bundesamt für Sozialversicherungen (2010), Eidgenössische Steuerverwaltung (2010), Berechnungen economiesuisse («dossierpolitik» 2/2011).

Diese Betrachtung erscheint aus der Sicht von economiesuisse allerdings einseitig: In der jährlich erscheinenden OECD-Statistik weist die Schweiz zwar eine tiefe Fiskalquote auf. Doch der Schein trägt: Anders als im Ausland wird in unserem Land ein bedeutender Teil des Sozialstaats und weiterer staatlich vorgeschriebener Aufgaben durch Zwangsbeiträge an private Einrichtungen finanziert. Diese an private Einrichtungen geleisteten Beiträge schlagen sich nicht in der von der OECD benutzten offiziellen Fiskalquote nieder. Werden alle Zwangsabgaben berücksichtigt, resultiert für die Schweiz eine effektive Steuer- und Abgabenlast, die mit über vierzig Prozent deutlich höher ist als die offizielle OECD-Quote.

Die Schweiz liegt gemäss dieser Berechnung nicht in der Spitzengruppe, sondern im Mittelfeld. Zudem gehört die Schweiz zu jenen Ländern, in denen die Fiskalquote seit 1990 stark zugenommen hat.

Diese Zunahme ist Ausdruck des Leistungsausbaus, der gerade im Sozialbereich in der Schweiz in den beiden letzten Jahrzehnten ausgeprägt war. Diese Entwicklung gilt es im Auge zu behalten. Wir dürfen unsere vorteilhafte Stellung im internationalen Vergleich nicht verspielen.